MITTAGSPOST

08.04 Ausgabe 6/2022

Debatte zur Impfpflicht

Nach intensiven Verhandlungen mit Orientierungsdebatten, Anhörungen und Vorbesprechungen stand in dieser Woche die Abstimmung über die mögliche Einführung einer allgemeinen Impfpflicht auf der Tagesordnung. Grundsätzlich hätte ich mir eine Impfpflicht für alle Erwachsenen vorstellen können. Nach dem sich bereits in den vergangenen Tagen abzeichnete, dass dieser Vorschlag nicht mehrheitsfähig ist, brauchte es einen Kompromissvorschlag. Daher habe ich der Impfflicht für Ü-60 und Aufklärungspflicht für Ü-18 zugestimmt. Dass dieser Antrag keine Mehrheit gefunden hat, bedauere ich ausdrücklich. Mit ihr hätten wir die Chance gehabt vor eine neue Infektionswelle im kommenden Herbst zu kommen. Es wird sich jetzt im parlamentarischen Verfahren zeigen müssen, inwiefern andere Möglichkeiten zur Vorbeugung einer Überlastung der kritischen Infrastruktur und des Gesundheitssystems gefunden werden können. Denn die Pandemie ist nicht vorbei und wir dürfen nicht unvorbereitet in den 3. Pandemiewinter gehen. Der beste Schutz vor Corona bleibt die Impfung, alle Unentschlossenen möchte ich dazu aufrufen, sich impfen zu lassen, zunächst auch ohne die Impfpflicht! Weitere Infos zur Abstimmung und Debatte hier.

Plenum

Auch in dieser Woche war die Situation in der Ukraine das bestimmende Thema in der Debatte (siehe S. 2). Aber auch andere Tagesordnungspunkte waren natürlich von besonderer Bedeutung.

In der Fragestunde der Bundesregierung stand Bundeskanzler Olaf Scholz den Abgeordneten Rede und Antwort. Ein wirklich wichtiges Instrument. Gerade in diesen besonderen Zeiten. (Infos hier)

Am Donnerstag haben wir den 3. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten“ beraten. Der digitale Wandel muss von Frauen und Männern gleichermaßen vorangebracht werden. Bislang sind Frauen z.B. in der Digitalbranche stark unterrepräsentiert; die meisten Start-ups im Bereich Digitalisierung werden von Männern gegründet. Dies hängt vor allem mit strukturellen Faktoren zusammen. Deshalb wollen wir mehr Unterstützungsleistungen schaffen. (Infos hier)

Im Entwurf für das Steuerentlastungsgesetz 2022 haben wir als Ampel-Koalition die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags bei der Einkommensteuer um 200 Euro auf 1.200 Euro rückwirkend zum 1. Januar 2022 sowie die Anhebung des Grundfreibetrags für 2022 von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro festgelegt. Gleichzeitig soll die bis 2026 befristete Anhebung der Entfernungspauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 auf 38 Cent vorgezogen werden. Dies entlastet vor allem diejenigen mit geringeren Einkommen (Infos hier)

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de

MITTAGSPOST

Berlin

Osterpaket

Vier Monate nach dem Start der neuen Bundesregierung wurde das Energiesofortmaßnahmenpaket („Osterpaket“) vorgestellt. Es ist ein umfangreiches Gesetzespaket von insgesamt mehr als 500 Seiten, mit dem viele energiepolitische Inhalte des Koalitionsvertrages umgesetzt werden. Die Dringlichkeit wird gerade dieser Tage deutlich: Zum einen spitzt sich die Klimakrise zu. Zum anderen zeigt der völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands in die Ukraine, wie wichtig es ist, aus den fossilen Energien auszusteigen und den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben. Dieses Paket wird auch massive kommunalpolitische Auswirkungen haben. Das steht drin:

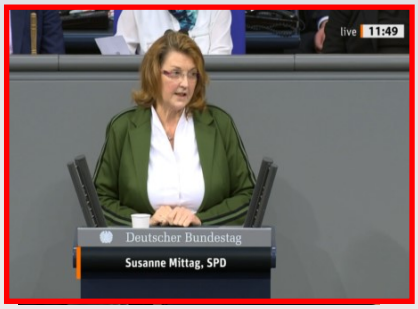
- Grundsätzlich festgehalten, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient.
- Damit das gelingt, sollen neue Flächen für den Ausbau der Photovoltaik bereitgestellt werden, die Beteiligung der Kommunen bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien erweitert werden und die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen verbessert werden.
- Die Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen erheblich verkürzt werden.
- Ziel ist es, dass 2035 der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammt. (Infos zum Osterpaket)

Ukraine

In der ukrainischen Stadt Butscha hat die russische Armee offenbar gezielt ukrainische Zivilisten ermordet. Wir verurteilen die Gräueltaten der russischen Armee auf Schärfste. Die Kriegsverbrechen müssen jetzt schonungslos aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Derweil geht der Krieg weiter und Menschen suchen Zuflucht bei uns vor Ort. Klar ist: Wir werden die Kommunen nicht im Regen stehen lassen und kommen als Bund unseren Verpflichtungen nach. So sollen den Ländern pauschal 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, von denen 500 Millionen Euro direkt an die Kommunen gehen.

Rede

Im letzten Tagesordnungspunkt durfte ich gemeinsam mit meiner AG-Kollegin Anna Kassautzki unsere Position zur Zukunft der Fischerei deutlich machen. Schon länger haben wir die strukturellen Herausforderungen der Fischerei im Blick. Zwischen Nord– und Ostsee gibt es dabei erhebliche Unterschiede. Die Ampel hat die ganze Fischerei im Blick! Unsere Plenarreden findet ihr hier



Entlastungen

Die Pandemie hat zu erheblichen Mehrbelastungen in vielen Krankenhäusern und in der Langzeitpflege geführt. Besonders auf den Intensivstationen der Krankenhäuser haben die Pflegerinnen und Pfleger Außergewöhnliches geleistet. Für uns ist es eine Frage des Respekts, dass dieses Engagement finanziell gewürdigt wird. Bundesweit erhalten 280.000 Pflegekräfte in 837 besonders belasteten Krankenhäusern einen Bonus. Die in der Pandemie stark geforderten Intensivpflegekräfte werden durch einen höheren Betrag besonders gewürdigt. So erhalten Vollzeitbeschäftigte, die in der direkten Pflege und Betreuung der Pflegeeinrichtung arbeiten, bis zu 550 Euro. Auch Azubis, Freiwilligendienstleistende werden berücksichtigt.

Mieter tragen seit 2021 alleine die Zusatzkosten für den Co2-Preis auf Öl und Gas. Das wird sich nun ändern. Mit einem neuen Stufenmodell soll die Last nun fair zwischen Vermietern und Mietern aufgeteilt werden. Bei Wohnungen mit einer besonders schlechten Energiebilanz werden die Vermieter künftig 90 Prozent der CO2-Kosten übernehmen.

Instrumente wie die Homeoffice-Pauschale, die Steuerbefreiung der Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld und die Abgabe-Frist der Steuererklärung werden noch einmal verlängert.

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de